

## Tag der Befreiung



Etwa 150 Rostockerinnen und Rostocker, jung und alt, versammelten sich am 8. Mai traditionsgemäß auf dem Puschkinplatz, um am Ehrenmal der gefallenen sowjetischen Soldaten zu gedenken. Es sprachen u.a. Ida Schillen, Regine Lück, Juri Rosov (Jüdische Gemeinde), Cornelia Mannewitz (Friedensbündnis), Nico Burmeister (VVN-Jugend) und Bürgerschaftspräsidentin Karina Jens.

In den Reden kam immer wieder die Sorge über die zunehmende Akzeptanz militaristischen Gedankenguts in der deutschen Politik und Bevölkerung sowie Kritik am Agieren der NPD im Landtag und Alltag zum

Ausdruck. Nico Burmeister kritisierte in seiner Rede (komplett auf Seite 11 nachzulesen) die ungerechtfertigte Polizeigewalt gegen die Teilnehmer an den Antinazi-Demonstrationen ‚Nie wieder Faschismus! - nie wieder Krieg!‘. Er sagte: „Die Vergangenheit hat aber auch gezeigt, dass breite Bündnisse Neofaschisten stoppen können, so zum Beispiel am 13. und 19. Februar dieses Jahres in Dresden.“

Nicht zum ersten Mal wurde auf dieser Veranstaltung kritisiert, dass beinahe ausschließlich linke Gruppen und Parteien an der Kranzniederlegung zum 8. Mai teilnahmen. Zwar hielt auch die Präsidentin der Bürgerschaft, Karina Jens (CDU), eine Ansprache, doch ihre Einschätzung, die Deutschen hätten aus ihrer Vergangenheit gelernt, erntete im Publikum so manches Kopfschütteln. Hier gehen Anspruch und Wirklichkeit gefährliche Wege.

## In dieser Ausgabe

Seite 2 : Editorial  
Seite 3 : Kleingärtner  
Volkstheater  
Seite 4/5: Philosophie  
Seite 6 : Notizen  
Seite 7 : Wasserstraßen  
Seite 8 : Bürgerschaft HRO

Seite 9: 1. Mai 2011  
Seite 10: Gesine Löttsch  
Seite 11: 8. Mai 2011  
Seite 12: Atomausstieg  
Seite 13: Fachkräftszuwanderung  
Seite 14: Verschiedenes  
Seite 15: Termine

## Liebe Leserinnen und Leser,

der Genosse Peter Menzel war und ist eine unserer hervorragenden Stützen in der Kommunalpolitik. Sein Engagement für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger vor allem in Dierkow erfährt höchste Anerkennung. Das ruft natürlich Neider auf den Plan. Sie schwangen die Stasikeule und trafen einen von uns.

Es waren Bündnis'90/Die Grünen, die auf einer erneuten Überprüfung der Mitglieder der Bürgerschaft auf eine mögliche IM-Tätigkeit bestanden. Das Ergebnis: Peter Menzel arbeitete mit dem MfS zusammen, weil ihm sein Beruf keine andere Wahl ließ. Alles seit vielen Jahren bekannt, auch seinen Wählern. Und trotzdem ließ man das Fallbeil auf ihn hernieder sausen. Zwanzig Jahre selbstloses Engagement für die Rostockerinnen und Rostocker zählen plötzlich nicht mehr. An diese Unanständigkeit werden wir uns bei passender

Gelegenheit erinnern, liebe Freunde aus der Bürgerschaft!

Am meisten freut sich übrigens die NPD, denn sie wird es nun leichter haben im Rostocker Nordosten. Da helfen dann auch keine Konzerte mit Storch Heinar, dem Maskottchen von Endstation Rechts. Diese lobenswerte Initiative ist ja angeblich überparteilich, aber Storch Heinar macht nun Wahlkampf für die SPD. Dass es bei der SPD nicht um Inhalte, sondern nur um Posten geht, zeigte auch ihr Landesparteitag in Rostock. Während DIE LINKE im April zwei lange Tage für Aussprache und Listenwahl benötigte, war bei der SPD nach fünf Stunden Schluss.

Da wir im Wahlkampf aber nicht auf die SPD einprügeln sollen, breche ich hier ab ...

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht  
Carsten Penzlin

## KLARTEXT online

### Kanzlerin – übernehmen Sie!

Von Steffen Bockhahn. Blühende Landschaften, keinem wird es schlechter gehen und so. Große Versprechen für den Osten machen kann die CDU super. Unglücklich nur, dass die Realität viel zu oft total anders aussieht. Klar, es ist viel passiert in den letzten 20 Jahren. Schaut man sich Fotos von „damals“ an, staunt man schon. Das wollen wir auch gar nicht klein reden. Aber ist die Einheit wirklich schon hergestellt? Gibt es gleichwertige Lebensverhältnisse, wie sie vom Grundgesetz vorgeschrieben werden? Scheinbar hatte die gebürtige Hamburgerin Angela Merkel im Wahljahr 2009 einen anderen Eindruck. Warum sonst versprach sie damals, den Osten wieder zur Cheffinnensache zu machen? Klar, die Einkommen liegen rund ein Fünftel unter dem Bundesdurchschnitt, der Anteil der ALG-II-EmpfängerInnen dagegen erheblich darüber. In vielen Städten lebt mehr als ein Drittel aller Kinder in Armut. Das Gewerbesteueraufkommen der Kommunen beträgt nur 60 Prozent des Westniveaus, bei der Einkommenssteuer sind es gar nur 45 Prozent. Nein, trotz aller Fortschritte und aller Leuchttürme kann man nicht anders als feststellen, dass der Osten abgehängt ist. Die

Bundesregierung nimmt sich der spezifischen Probleme nicht an. Im Gegenteil. Statt Chefsache blieb 2009 eine Rettung vor einem Bayern. Damit nicht Peter Ramsauer die Zuständigkeit bekam, wechselte der Geschäftsbereich zu Thomas de Maizière ins Innenministerium. Seit der Verteidigungsminister ist, gibt es wieder das Bayernproblem. Innenminister Friedrich hat für Ostdeutschland genauso viel übrig, wie BMW für umweltfreundliche Verkehrspolitik. Noch vor seiner Amtsübernahme legte er fest, dass nicht er, sondern nur sein Parlamentarischer Staatssekretär für Ostdeutschland verantwortlich sein wird. So sieht die Cheffinsache bei der Union also aus. Die Fraktion DIE LINKE fordert, im Geschäftsbereich der Kanzlerin eine Beauftragte für Ostdeutschland mit dem Rang einer Staatsministerin einzusetzen. Zum einen kann nur so das weitere Auseinanderklaffen der Schere zwischen Ost und West vermieden werden. Zum anderen bestünde die Chance auch strukturschwache Regionen des Westens vor dem Schicksal des Ostens zu bewahren. In Berlin und Brandenburg versucht DIE LINKE in den Landesregierungen mit Maßnahmen wie dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor die Nachteile der Bundespolitik auszugleichen. Arbeitsministerin von Leyen (natürlich CDU) torpediert dies permanent...

(Fortsetzung Seite 3)

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE.Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Stephanstraße 17  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: info@dielinke-rostock.de  
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE.Bad Doberan  
Geschäftsstelle Bad Doberan  
Marktstraße 1  
18209 Bad Doberan  
Telefon: 038203-62391  
Telefax: 038203-62180  
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de  
Internet:  
www.dielinke-baddoهران.de

Kreisvorstand DIE LINKE.Güstrow  
Geschäftsstelle Güstrow  
Markt 34  
18263 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:  
Edeltraud Crepon,  
Maren Haase, Lars Kulesch,  
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,  
Katharina Schlaack

Internet:  
www.klartext.linkspartei-rostock.de  
E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:  
Andreas Reinke

Stadtdruckerei Weidner  
Auflage: 1.300

### Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan: KNr: 1015583 BLZ: 13061128 Raiffeisenbank	Rostock: KNr: 430002084 BLZ: 13050000 OSPA-Rostock
---	---

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:  
2,00 € pro Monat  
(Spende + Versandkosten)

# DIE LINKE kämpft für die Kleingärtner

Die Landtagsabgeordneten und -kandidaten der Partei DIE LINKE, Prof. Dr. Wolfgang Methling, Ida Schillen und Dr. Carsten Penzlin, hatten in den Bürgerversammlungen am 11. März und am 11. April 2011 sowie in mehreren Bürgersprechstunden versprochen, dass sie sich für ökologisch und sozial verträgliche Lösungen bei der Abwasserentsorgung in Kleingärten einsetzen werden.

So haben wir auch gehandelt und in die Landtagssitzung am 14. April einen Antrag eingebracht, der die Landesregierung aufforderte, konkrete Kriterien für die ordnungsgemäße Entsorgung von Abwässern in Kleingärten zu benennen und die Richtlinie zur Förderung von Abwasseranlagen vom 16.10.2007 so zu verändern, dass auch die Förderung von Abwasseranlagen in Kleingärten in den Jahren 2012/13 ermöglicht wird. Nach kontroverser Diskussion, in der uns insbesondere die CDU, FDP und NPD, aber auch die SPD, „Populismus“ vorwarfen, wurde unser Antrag

durch Änderungsanträge der SPD/CDU-Koalition zum Teil wesentlich verändert. Drei präzisierenden Änderungen konnten



wir zustimmen (Einsatz für eine ordnungsgemäße und sozialverträgliche Abwasserentsorgung, Entwicklung und Umsetzung von vor Ort abgestimmten Konzeptionen, Zulassung von Übergangsfristen über das Jahr 2013 hinaus). Die durch den Änderungsantrag der Koalition beschlossene Förderung nur von Gemeinschaftsanlagen mussten wir ablehnen, weil nach unserer Auffassung dadurch die tatsächlich bestehenden Probleme meistens nicht gelöst werden.

Deshalb mussten wir uns in der Gesamtstimmung zu unserem eigenen, so veränderten, Antrag enthalten. Wir werden aber weiter am Ball bleiben, z.B. bei der Behandlung der nächsten Petitionen.

Prof. Dr. Wolfgang Methling, Mitglied des Landtages

## Vier neue Wände für unser Volkstheater Rostock - eine kleine Bestandsaufnahme

Einnahmeverluste, unzumutbares Hin und Her zwischen Ersatzspielorten, Angst bei der Theaterbelegschaft - die plötzliche Schließung des Großen Hauses war schmerzlich und unglücklich, aber von Nöten. Nun wird das Große Haus endlich ertüchtigt. Das heißt, notwendige Brandschutzmaßnahmen sollen bis Ende Februar 2012 umgesetzt werden.

Gleichzeitig erstellt die Geschäftsleitung ein umfangreiches Theaterkonzept, damit die GmbH einen handfesten Leitfaden für den zukünftigen Spielbetrieb hat. Dieses Konzept ist so wichtig, weil unser Rostocker Theater einen inhaltlichen und personellen Fahrplan braucht. Auf Grundlage des 4-Sparten-Betriebs sollen neue Potentiale aufgezeigt und durch innovative Projekte unteretzt werden. Denn Rostock braucht nicht nur als Oberzentrum

und touristischer Diamant im Norden ein eigenes Theater, das sich stark aufgestellt gegen den Sparzwang der Landesregierung behaupten kann.

DIE LINKE steht hinter unserer Theater GmbH und wird auch die Planungen zum Neubau weiterhin rege unterstützen. Ob nun Rosengarten oder Bussebart - Fundament der Standortentscheidung sollte eine Sachdebatte sein. Momentan ist die Diskussion von sehr viel Emotionalität geprägt, von der wir uns nicht treiben lassen dürfen. Durch den Landtagswahlkampf, verbunden mit dem OB-Wahlkampf, wird die eigentliche Sachdebatte missbraucht. Die Fraktion DIE LINKE. arbeitet intensiv, liest hunderte Seiten Gutachten, Analysen und betrachtet vorgelegte Zahlenwerke kritisch. Wir wissen, hier geht es um einen

Jahrhundertbau. Deshalb muss unsere Entscheidung Hand und Fuß haben, auch weil die Investitionen für den Neubau den Rostocker Haushalt lange beanspruchen werden. Doch wie geht es nun weiter mit dem neuen Zuhause? Die Bürgerschaft hat den Weg für die Bauplanung freigemacht (siehe Klartext-Artikel zur Bürgerschaft). Jetzt muss die Verwaltung vorlegen, welche städtebaulichen Auswirkungen am jeweiligen Standort vorliegen. Doch bevor sich DIE LINKE. für einen Standort entscheidet, sollten wir weiter miteinander diskutieren und unsere Ideen sowie Hinweise austauschen. Bis dahin bedanke ich mich im Namen der Fraktion für euer Vertrauen und verbleibe mit solidarischen Grüßen

Eva-Maria Kröger

### Fortsetzung von Seite 2:

Sie zwingt Arbeitslose lieber in kurzfristige und nicht Existenz Maßnahmen statt langfristig anständig bezahlte Arbeit zu ermöglichen. Die Vereinbarung zum ato-

maren Zwischenlager Nord bei Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern wird ausgehöhlt. Nur der Müll der ostdeutschen Anlagen Rheinsberg und Lubmin sollte dort eingelagert werden. Inzwischen beantragt das bundeseigene Unternehmen neue

Betriebsgenehmigungen. Vorpommern als deutsches Atomklo und die Bundesregierung sagt nichts dazu. Manche Wahlversprechen der Kanzlerin wären eine Umsetzung wert. DIE LINKE bietet ihre Ostkompetenz hilfreich an.

# Nachdenken über Philosophie

Ich möchte hier zu Fragen der Philosophie etwas sagen, d.h., meine Gedanken dazu auch zur Diskussion stellen. Dabei ist für mich klar, daß nur eine Methode des Herangehens an diese Problematik in Frage kommt, nämlich die wissenschaftliche.

Und daraus ergibt sich auch der Ausgangspunkt für meine folgenden Gedanken und Ausführungen. Für mich ist die Philosophie eine Wissenschaft, und als solche will ich sie hier behandeln.

Wissenschaft ist zunächst einmal eine Kategorie, die durch bestimmte Kriterien als solche eindeutig definiert ist:

Sie muß ein Abbild der Wirklichkeit darstellen.

Die Abbilder müssen sich in Gesetze kleiden lassen.

Deren Aussagen müssen in sich logisch und widerspruchsfrei sein und sie müssen sich der Wahrheitsprüfung unterwerfen lassen.

Ein Beispiel dafür ist die Astronomie, und als ihren absolut unwissenschaftlichen Gegenpol betrachte ich die Astrologie. Letztere ist, um sie mit einem Satz zu charakterisieren, ein Sammelsurium von absolut subjektiven Deutungen und Vermutungen sowie unbewiesenen Behauptungen.

Jeder Mensch beschäftigt sich sein ganzes Leben mit den Gesetzen einer Wissenschaft und denkt sich nichts dabei. Nehmen wir zum Beispiel die Mathematik. Man kennt viele ihrer Gesetze, wendet sie im täglichen Leben an, ohne sich eben über Mathematik als wissenschaftliche Disziplin groß Gedanken zu machen. „Wissenschaftlich“ heißt nicht automatisch „kompliziert“. Im Gegenteil: Wissenschaftlich denken heißt vor allem logisch, widerspruchsfrei und in Zusammenhängen denken.

Ein Philosoph sagte einmal, die Wahrheit ist immer einfach. Und genauso möchte ich hier die Philosophie als Wissenschaft behandeln.

Die Wissenschaft von der Philosophie ist einerseits vom Wesen und von ihren Merkmalen her eine Wissenschaft wie jede andere, andererseits zeichnet sie sich durch eine Besonderheit aus: Sie steht über den anderen Einzelwissenschaften, und sie ist diesen gegenüber zugleich Gebende und Nehmende.

Womit befaßt sich nun die Philosophie, was ist ihr Gegenstand? Sie befaßt sich mit den allgemeinsten Gesetzen in der Welt.

Dabei verstehe ich unter Welt zweierlei:

Unsere Erde, also unsere Welt, in der wir als Menschheit leben und das Weltall.

Kommen wir nun zu den Gesetzen der Philosophie. Diese mögen zwar, so wie ich sie darlege, einfach, ja fast simpel erscheinen, aber wir werden bald merken, daß sie es, wie man so sagt, in sich haben. Ich habe mich dabei auf fünf Gesetze konzentriert.

Das 1. Gesetz:

„Die Welt besteht durchweg und ausschließlich aus Materie in ihren verschiedensten Formen und Zuständen, ohne daß irgendwo Raum oder Platz für irgendwelche immateriellen Erscheinungen bleibt.“

Diese Erkenntnis von der Materialität der Welt wird nicht von allen Menschen geteilt. So gibt es Ansichten und Meinungen, wonach die Materie durchgeistigt sei oder daß die Welt materialisierter Geist sei. Solche und ähnliche Ansichten von der Welt kann man als objektiven Idealismus bezeichnen. Ihre Vertreter sprechen zwar von der objektiven Welt außerhalb ihres Bewußtseins, aber für sie ist die Welt Produkt, Verkörperung bzw. Entfaltung solcher geistiger Erscheinungen, Werte bzw. Prinzipien wie Vernunft, Ideen, Göttern oder gar Geistern. Ich will und werde nicht weiter auf diese Ansichten eingehen, geschweige denn sie kommentieren, sondern mich nun auf die weiteren Gesetze der Philosophie konzentrieren.

2. Gesetz: „Die Welt existiert absolut unabhängig von unserem, von jeglichem menschlichem Bewußtsein.“

Auch zu diesem Gesetz gibt es anders lautende Ansichten, wie zum Beispiel, die Welt existiere nur in unserem Bewußtsein und nur insoweit, wie wir sie geistig erfassen. Solche und ähnliche Meinungen ordnen wir dem subjektiven Idealismus zu. Hierbei wird das subjektive menschliche Bewußtsein oft insoweit verabsolutiert, daß die objektive Realität nur noch als Bewußtseinsinhalt erscheint und daß sogar die objektive Existenz von Teilen

der Welt bestritten wird.

Abschließend zu den ersten beiden Gesetzen der Philosophie möchte ich noch einmal festhalten:

Alle Theorien und Erscheinungen des Idealismus, sowohl des objektiven als auch des subjektiven, gehen vom Primat der Idee, des Geistes aus, während sie alles Materielle als sekundäre Erscheinung betrachten.

Doch kehren wir zu den weiteren Gesetzen der Philosophie zurück.

3. Gesetz: „Die Welt ist ausnahmslos und unbegrenzt erkennbar.“

Dieses Gesetz besagt nicht, daß wir schon alle Gesetze und Zusammenhänge der Welt erforscht und erkannt haben und daß dieses auch in absehbarer, endlicher Zeit gelingen wird. Dieses philosophische Gesetz sagt nur, daß es für den menschlichen Forschergeist prinzipiell keine unüberwindbaren Barrieren und Grenzen und auch keine ewigen Geheimnisse gibt. Wenn im Laufe des Erkennens der Welt immer neue Türen zu unbekanntem Gefilden aufgestoßen werden, so bestätigt das auch die These, daß der Erkenntnisprozeß selbst ein unendlicher ist.

Kommen wir nun zum

4. Gesetz: „Die Welt ist durch einen durchgängigen universellen Zusammenhang gekennzeichnet.“

Dieses Gesetz besagt, daß alle Dinge und Erscheinungen der Welt miteinander verbunden sind und sich gegenseitig bedingen und beeinflussen. Demnach gibt es in der gesamten Welt keine isoliert existierenden Dinge bzw. Erscheinungen.

Man könnte auch sagen, die Welt in ihrem umfassendsten Sinne ist trotz aller Vielfältigkeit eine Einheit. Als Beispiel möchte ich unsere Erde anführen. Auch wenn sie sich im wahrsten Sinne des Wortes im luftleeren Raum bewegt, ist sie doch ständig dem Einfluss des Mondes ausgesetzt. So bewirkt er trotz seiner Entfernung von über 400.000 km den ständigen Wechsel von Ebbe und Flut.

Nun noch das

5. Gesetz: „Die Welt befindet sich in allen ihren Erscheinungsformen und Bestand-

teilen in stetiger unaufhörlicher Bewegung, Veränderung und damit Entwicklung.“

Kürzer ausgedrückt könnte man sagen: Die Welt kennt keinen Ruhestatus. Aber dieses Gesetz, ich nenne es auch Entwicklungsgesetz, muß noch unbedingt erläutert werden und zwar, weil es durch drei wichtige Merkmale gekennzeichnet ist:

1. Merkmal: Die Triebkräfte jeder Bewegung und Entwicklung sind die den Dingen innewohnenden Differenzen, Widersprüche oder gar Gegensätze.

Als nur ein Beispiel möchte ich den Zusammenprall kalter und warmer Luftmassen in der Atmosphäre anführen, der dann zu den gewaltigen Stürmen wie den Hurricans führt.

2. Merkmal: Die Entwicklung erfolgt nicht nur als einfache quantitative Veränderung, sondern im Wechsel von Quantität und Qualität.

Als Beispiel dafür verweise ich auf die Umwandlung des Wassers bei genau 100° C in Dampf. Nach einer stetigen quantitativen Erwärmung des flüssigen Aggregatzustandes des Wassers verwan-

delt es sich plötzlich in eine neue Qualität, nämlich in seinen gasförmigen Aggregatzustand, in Dampf.

3. Merkmal: Hierbei handelt es sich um die Negation der Negation.

Sie besagt, einfach ausgedrückt, daß nichts von ewiger Dauer ist. Goethe hat es im „Faust I“ sehr kraß folgendermaßen formuliert: „Denn alles was entsteht, ist wert, daß es zugrunde geht.“

Betrachten wir als Beispiel dafür den Wachstumsprozess der Pflanzen. Während aus dem Saatkorn der Keim entsteht, zerfällt das Saatkorn. Die ausgewachsene Pflanze setzt neue Körner an. Und während die neuen Körner reifen, fängt die Pflanze an zu welken ... Es ist ein ewiger Kreislauf des Lebens, und ähnliche Erscheinungen des Werdens und Vergehens können wir auch im Weltall beobachten.

Damit wäre ich am Ende meiner kurzen Ausführungen zur Philosophie als Wissenschaft. Aber einige Nachbemerkenngen seine mir noch erlaubt:

1. Wenn ich oft von meinen Gedanken sprach, so muß ich doch klarstellen: Alle diese Gedanken stammen ursächlich

nicht von mir. Ich habe nur versucht, die Ideen vieler großer Denker auf meine Art verständlich darzulegen. So stellte schon vor über 2000 Jahren der griechische Philosoph Heraklit die These auf: „Panta rhei“ – alles fließt (siehe 5. Gesetz).

2. Ich habe in meinen Ausführungen keine Bezüge oder gar Anwendungen auf gesellschaftliche Prozesse vorgenommen. Das tat ich mit voller Absicht, denn solche Überlegungen möchte ich jedem selbst überlassen. Und vielleicht fühlt sich der eine oder andere dazu auch angeregt.

3. Die Gesetze der Philosophie, einer Wissenschaft, bestimmen durch ihre Objektivität unser Denken und Handeln, selbst dann, wenn wir es nicht wahrhaben wollen. Ein Vorteil ist, sie erkannt zu haben, denn dann können sie in voller Absicht als Anleitung zum eigenen Denken und Handeln genutzt werden. Und damit werden sie dann auch Grundlage einer wissenschaftlich begründeten Weltanschauung.

\* Ulrich Fischer ist Mitglied der LINKEN in der Rostocker Südstadt.



# Notizen aus dem Kreisvorstand Rostock



den Landesvorstand (siehe Seite 8). Statt einer Landesbasiskonferenz bietet der Kreisvorstand an, Mitgliederversammlungen zum Beispiel auf Stadtteilebene abzuhalten. Falls ein solcher Bedarf besteht, bitte an den Kreisvorstand wenden! Auf den Wahltermin für den Landesvorstand kann nur der Landesparteitag Einfluss nehmen, wenn die Delegierten die Tagesordnung bestätigen. Eine Quote von 10 %

Mitarbeiter der Partei wird als juristisch fragwürdig (da sich jeder zur Wahl stellen kann) und als kaum praktikabel (da es dann zu wenige Bewerber um ein Delegiertenmandat geben würde) angesehen. Auf einer Klausurtagung des Kreisvorstandes wurde über zukunftsfähige Strukturen des Kreisverbandes beraten. Die derzeitigen Strukturen sollen beibehalten werden, allerdings müssen Defizite in der Kommunikation überwunden werden. Die Verteilung des Klartext soll optimiert werden, dazu werden Modelle diskutiert.

Der Kreisvorstand befassete sich im Mai u.a. mit dem Brief der BO Evershagen an

für Mandats- und Funktionsträger sowie

Text: Carsten Penzlin

# Notizen aus dem Landesvorstand

Die Auswertung des Landesparteitages im April stand im Mittelpunkt der Sitzung des Landesvorstandes am 7. Mai. Der Landesvorstand steht mit großer Mehrheit zu seinen am Vortag des Landesparteitages getroffenen Beschlüssen zur Landesliste. Die Delegierten seien in ihrer Entscheidung absolut frei gewesen. Die Mitglieder der Partei sollten die demokratischen Entscheidungen der VertreterInnen bei der Wahl der Landesliste akzeptieren und sich im Wahlkampf mit aller Kraft für DIE LIN-

KE ins Zeug legen, lautete eine Forderung. Der Landesvorstand forderte von seinen Kritikern, den Dialog mit ihm zu suchen anstatt offene Briefe zu schreiben. Peter Ritter verwahrte sich dagegen, das Forum Demokratischer Sozialismus (fds) als „Hort des Bösen“ zu diffamieren. Gleichwohl gab es auch kritische Stimmen zum Zustandekommen der Landesliste. Björn Griese forderte eindringlich eine grundsätzliche Prüfung der Prozedur. Der stv. Landesvorsitzende Torsten Koplin

äußerte, nicht wieder für den Landesvorstand zu kandidieren. Dem Landesvorstand warf er vor, mit seinen Vorschlägen an die Vertreterversammlung den integrativen Weg des Landesvorstandes verlassen zu haben. Ralf Malachowsky forderte eine Aussprache noch vor der Landtagswahl, die aber laut Empfehlung des Landesvorstandes nicht in Form einer Landesbasiskonferenz, sondern auf Kreisebene stattfinden soll.

Text: Carsten Penzlin

# Irmingard Römer

## 84 Jahre alt ist die Rostockerin Irmingard Römer

doch das hohe Alter hält sie nicht davon ab, beinahe täglich drei Stunden an verschiedenen Orten in Rostock Unterschriften zu sammeln. Unterschriften gegen die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan. Nicht überall ist sie gern gesehen, aber wenn sie im Zoo nicht erwünscht war, dann sammelte sie halt vor dem Zoo weiter. Unermüdlich, und mittlerweile sind schon über 20.000 Unterschriften zusammengekommen.

Irmingard Römer ist Einzelkämpferin und gehört keiner Organisation an. Doch mit ihrer unaufdringlichen Art weiß sie zu überzeugen. Wenn sie zehn Passanten anspricht, unterschreiben acht. Eine tolle Quote.

Irmingard Römer hat den Zweiten Weltkrieg erlebt. Vor allem daraus zieht sie ihre Motivation, doch das soll uns Jüngere nicht davon abhalten, dem Krieg in Afghanistan mit ähnlichem Elan Widerstand entgegenzusetzen. Die Mehrheit in der Bevölkerung haben wir dabei auf unserer Seite. Das wissen wir auch dank Irmingard Römer. Vielen Dank!



Text und Foto: Carsten Penzlin

# Herzlich willkommen Dorothee

DIE LINKE in Rostock begrüßt ganz herzlich ein neues Mitglied: Dorothee Barndt aus Lütten Klein. Dorothee blickt auf 40 Jahre ehrenamtliches soziales Engagement zurück. Wir wünschen Ihr Gesundheit und freuen uns auf Ihre Mitarbeit in der Partei.

Dorothee bietet jeden Dienstag von 11 bis 13 Uhr im LINKE-Wahlkreisbüro Lütten Klein (Warnowallee 31b) eine Sozialsprechstunde an. Bei Problemen mit der

Arbeitsagentur, mit dem Rententräger, etc. hilft sie kompetent und engagiert weiter. Derzeit bereitet Dorothee eine große Charity-Aktion vor, deren Einnahmen u.a. Kinderspielplätzen zugute kommen soll. Über Unterstützung bei der Vorbereitung würde sie sich ganz sicher freuen.

Foto: Carsten Penzlin



## Wasserstraßen von Privatisierung und Arbeitsplatzabbau bedroht!

Stellen Sie sich vor, Sie wollen mit Ihrem Paddelboot über die Warnow fahren und müssen an jeder Schleuse eine Gebühr zahlen. Sie rudern weiter und stoßen auf Treibholz und Baumstämme, die niemand beseitigt hat und bleiben in einem flachen, verlandeten Flussabschnitt stecken. Sie wundern sich, dass Ihre Feriengäste ausbleiben, weil sich die privaten Firmen nach der Öl-Havarie auf der Ostsee um die Zuständigkeit streiten und die Kosten der Beseitigung nicht zahlen wollen. Seit dem letzten Chemieunfall liegen überall tote Fische und Seevögel umher, und es stinkt, sodass die Tourist\*innendampfer und Bootswerften mangels Nachfrage Konkurs anmelden müssen. Das Gift sickert in die Warnow und damit ins Grundwasser, doch niemand fühlt sich verantwortlich und beseitigt die Umweltkatastrophe.

Auch bei Hochwassergefahr können nur noch viel zu spät und unzureichend Schutzmaßnahmen getroffen werden, weil das Fachpersonal für Wettervorhersagen und Aufstellung technischer Sperren längst entlassen und durch schlecht ausgebildete Billigkräfte ersetzt wurde.

So oder ähnlich dürfen wir uns das Szenario vorstellen, wenn der Plan des Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, CSU, aufgeht. Er will die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes als öffentliche Trägerin der Daseinsvorsorge in ein privatwirtschaftliches Unternehmen um-

wandeln. Im Endstadium der Reform will der Bund nur noch eine Vergabe- und Kontrollfunktion übernehmen. Bis dahin sollen alle Flüsse in eine Rangfolge gebracht werden, je nachdem wieviele Tonnen Güter auf ihnen transportiert werden. Nur das am meisten befahrene Straßennetz soll noch selbst betrieben werden; die anderen würden als unwirtschaftlich erklärt und entweder im Bestand erhalten, ver-



kehrssicherungspflichtig beobachtet, stillgelegt oder auf Dritte übertragen werden.

Die volkswirtschaftliche, ökologische und trinkwasserschutzrelevante Bedeutung der Wasserstraßen wird bei dieser Umstrukturierung völlig vernachlässigt, und die regionalen Kenntnisse hydrologischer und geologischer Gegebenheiten gehen mit dem massiven Personalabbau verloren: bundesweit sind von über 13.000 Beschäftigten 6.000 Arbeitsplätze bedroht;

allein in Rostock sind es 50 Kolleginnen und Kollegen, die in der Verkehrszentrale Warnemünde, auf dem Bauhof, auf dem Warnemünder Stützpunkt und am Mühlen-dammwehr bzw. an der Schleuse arbeiten.

Die Privatisierung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ist ein Schritt zum Abbau staatlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge und Entdemokratisierung unserer Gesellschaft. Mit jedem abgebauten Arbeitsplatz geht ein tarifgebundener, sicherer Arbeitsplatz verloren, werden betriebliche Mitspracherechte und parlamentarische Einflussmöglichkeiten ausgehebelt. Eine sozialistische Alternative zu dieser Umverteilung zugunsten weniger privater Baggerfirmen, Bauunternehmen und Leiharbeitsfirmen ist die finanzielle Stärkung des öffentlichen Haushaltes durch Besteuerung der Konzerne, der Reichen, der Finanztransaktionen und die Schließung der Steueroasen. Wir setzen uns für die Verstaatlichung gesellschaftlich wichtiger Betriebe und deren umfassende Demokratisierung ein, damit Menschen nicht vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt werden, sondern alle daran teilhaben können.

Daniela

Foto: W. Broemme / pixelio.de





## Bürgerschaftssitzung vom 18. Mai 2011

Den größten Raum auf der Mai-Sitzung der Bürgerschaft nahm die Debatte zum Volkstheater Rostock ein. Nach der Schließung des Großen Hauses ging es nun um die Frage: Wie geht es weiter mit dem Spielbetrieb, der ja derzeit unter sehr unzulänglichen Bedingungen für Programm und Belegschaft an Ersatzspielorten fortgeführt wird.

DIE LINKE. unterstützte die Teilsanierung des Großen Hauses, damit ab Februar 2012 der Spielbetrieb wieder komplett weitergehen kann. Zwischenzeitlich wird es die traditionelle Sommerbespielung in der Halle 207 geben und anschließend läuft das Theaterprogramm in einem dafür geeigneten Großzelt. Diese Variante hat sich als die kostengünstigste erwiesen, schlägt aber mit ca. 3 Mio. Euro zusätzlich zu Buche. Deshalb gab Eva-Maria Kröger auch zu bedenken: „In der Vorlage ist nicht geklärt, woher das Geld für die Kosten kommen soll. Eine Übertragung an den KOE wäre eine gute Lösung. Der Eigenbetrieb, der kommunale Immobilien verwaltet, könnte die notwendigen Kredite aufnehmen. Wir stecken aber in einem Dilemma, weil der OB bis heute nicht den von der Bürgerschaft beschlossenen Haushaltsplan bestätigt hat.“ Das führte

auch zur Schwierigkeit, sofort die finanziellen Mittel für die Bauplanung zur Verfügung zu stellen. Alle Fraktionen einigten sich aber auf einen korrekten haushaltsrechtlichen Beschluss, der nun den Weg für die Bauplanung freimacht. Desweiteren kann jetzt mit Hochdruck an der Planung für einen Theaterneubau gearbeitet werden, der spätestens zum Stadtjubiläum 2018 fertig sein soll. Dazu beschloss die Bürgerschaft, alle drei in Frage kommenden Standorte (Bussebart, Christinenhafen und Rosengarten) städtebaulich und kostenmäßig nochmals zu prüfen, um im Herbst eine Standortentscheidung treffen zu können. Der Schnellschuss des Oberbürgermeisters, gleich über den von ihm favorisierten Christinenhafen abzustimmen, wurde abgelehnt.

Der interfraktionelle Antrag zu einem Konzept für die zukünftige inhaltliche und finanzielle Ausrichtung des Volkstheaters war auch von der Linksfraktion miteingebracht worden. Bis zum Herbst soll dazu ein zukunftsfähiges künstlerisches und wirtschaftliches Theaterkonzept vorgelegt werden „Nur auf dieser Grundlage können wir zukünftig einen erfolgreichen Spielbetrieb organisieren. Denn die inhaltliche Schwerpunktsetzung ist auch wichtig für

die Planung eines Neubaus. Eine Prüfung aller drei Standorte sichert eine qualifizierte Sachentscheidung über den Standort des Theaters. Wichtig für uns ist auch, wie die Rostockerinnen und Rostocker ihr zukünftiges Theater sehen wollen. Ein Jahrhundertbau, wie ein Theater, braucht Akzeptanz und Unterstützung der Bevölkerung.“ so Fraktionsvorsitzende Eva-Maria Kröger.

Mehr Transparenz und Bürgernähe zu allen Themen könnte es zukünftig geben, wenn die beschlossenen Prüfaufträge, die Bürgerschaften zukünftig über Livestream im Internet zu übertragen, positiv ausgehen. Die Linksfraktion unterstützt dieses Anliegen und hatte einen Ergänzungsantrag dazu eingebracht. Dieser schlägt eine technische Kooperation mit den örtlichen Medien vor und wurde angenommen. Eva-Maria Kröger: „Wir wollen auch medial mehr Bürgernähe und dazu die Kompetenz der lokalen Medienmacher nutzen. Das spart sicher Kosten und neben der Internetübertragung könnten die Bürgerschaftssitzungen vielleicht auch im Offenen Kanal bei rok-tv laufen.“

Maren Haase

## Gesamtmitgliederversammlung Evershagen

Am 10. Mai lud das Stadtteilaktiv Evershagen zu einer Gesamtmitgliederversammlung ein. Das Hauptreferat hielt der Rostocker Kreisvorsitzende Prof. Wolfgang Methling. Ida Schillen, Mitglied des Parteivorstandes, informierte über aktuelle Fragen der Parteiarbeit. Carsten Penzlin, stv. Kreisvorsitzender, wertete die aktuelle Lage im Landesverband aus.

Die anwesenden Mitglieder der Basis forderten bei einer Gegenstimme den Landesvorstand auf, zum nächstmöglichen

Zeitpunkt eine Landesbasiskonferenz durchzuführen, die Neuwahl des Landesvorstandes erst nach der Landtagswahl durchzuführen sowie die Satzung dahingehend zu ändern, dass Delegierte nur noch zu 10 Prozent Mandats- und Funktionsträger sowie Beschäftigte der Partei sein sollen (siehe auch Notizen aus dem Kreisvorstand in dieser Ausgabe).

Text und Foto: Carsten Penzlin







## 1. Mai in Rostock

Den 1. Mai in Rostock hatten wir im letzten Klartext schon ein wenig angerissen. Etwas ausführlicher darf es aber schon sein, denn bei vielen Genossinnen und Genossen gab es Stirnrunzeln über die „Spaltung“ an diesem Tag der Arbeit. Natürlich war es das Bestreben der LINKEN, den Ersten Mai gemeinsam mit den Gewerkschaften zu feiern. Doch der DGB reklamierte den Feiertag für sich und wollte die Parteien nicht als gleichwertige Partner akzeptieren. Beim politischen Fest vor dem Gewerkschaftshaus wäre DIE LINKE quasi nur Zaungast gewesen.

Nicht nur bei uns dominierte der Wunsch nach einem großen politischen Familienfest, das aber in der Hermannstraße kaum umzusetzen gewesen wäre. Also auf in Richtung Kastanienplatz! Nach der Rede des DGB-Regionsvorsitzenden Thomas Fröde (die Rede erinnerte stark an unser Wahlprogramm) teilte sich der Demonstrationzug am Werftdreieck. Keine optimale Situation, aber den schwierigen

Umständen geschuldet. Das Fest auf dem Kastanienplatz (organisiert von einem breiten Bündnis aus Parteien, Verbänden und Vereinen) wurde mit seinen etwa 3.000 Besuchern ein voller Erfolg. Das Zelt der LINKEN mit dem reichhaltigen Kuchenangebot war stets umlagert. Ein großes Dankeschön an die fleißigen Bäckerinnen (und Bäcker?) aus den Basisorganisati-



onen und besonders an Elfriede König sowie an Nico Burmeister von [solid] für ihre Hilfe. Steffen Bockhahn legte in einer Diskussionsrunde die Haltung der LINKEN in der Arbeitsmarktpolitik dar. Interessant zu hören, dass der FDP-Kreisvorsitzende bei sittenwidrigen Löhnen keine Grenze nach unten sieht.

Im nächsten Jahr wollen wir uns wieder auf dem Kastanienplatz treffen. Dann als breites Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien und Verbänden.



Text und Fotos: Carsten Penzlin



# Gesine Löttsch

Über Ostern weilte Gesine Löttsch, seit einem Jahr neben Klaus Ernst Vorsitzende der LINKEN, in Rostock-Warnemünde. DIE LINKE werde gebraucht, bekam sie dort von Bürgerinnen und Bürgern zu hören. Dass diese Einsicht noch nicht bei vielen Wählern angekommen ist, musste Gesine auf einer zweieinhalbstündigen Veranstaltung in Güstrow einräumen, zu der die Kreisvorsitzende Karin Schmidt eingeladen hatte. Etwa 50 Gäste folgten am 29. April der Einladung.



Zu Beginn ging Gesine auf die Misserfolge im Westen ein. Sie sprach über die Strukturprobleme der Partei in den westdeutschen Landesverbänden, mahnte aber auch mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern, dass auf den Listen die verschiedenen Lager berücksichtigt werden müssten. Sonst sei Streit vorprogrammiert. Man könne sich in innerparteilichen Kämpfen auch zu Tode siegen, mahnte die Rednerin, die sich auch fragte, warum DIE LINKE den Nichtwählern nicht als Alternative erscheine. Sind wir nicht zu sehr im etablierten Parteiensystem angekommen? Und lebe die Führung der LINKEN die nötige Glaubwürdigkeit selber immer vor? Die Basis habe hier das Recht, die Oberen zur Ordnung zu rufen. Die Partei müsse angesichts des grassierenden Egoismus in der Gesellschaft als Oase der Toleranz und Solidarität erscheinen. Je intoleranter die Gesellschaft werde, desto toleranter müssten die Genossinnen und Genossen miteinander umgehen.

Gesine ging auch auf die Programmdiskussion ein. Über diese Diskussion

dürfe die praktische Arbeit nicht vernachlässigt werden, und überhaupt müsse man sich doch fragen, ob wir alles verstehen worüber wir debattieren. Man solle an den konkreten Erfahrungen des Alltags ansetzen.

Mit Blick auf die tägliche Politik warnte Gesine davor, jeden modischen Schwenk mitzumachen. Die LINKE solle sich auf ihre bewährten Schwerpunkte konzentrieren und neue Themen mit der sozialen Frage verknüpfen. Ein Kompetenzgewinn in neuen Themenfeldern sei jedoch ein sehr langwieriger Prozess. Es bestehe die Gefahr, bei der ständigen

Suche nach neuen Themen Profil zu verlieren. Selbst bei den klassischen linken Themen müsse man sich fragen, ob bei den Menschen das ankomme, was wir diskutieren. So habe sie neulich ein Bürger gefragt, warum DIE LINKE eigentlich nichts für den Mindestlohn tue.

Nach dem Vortrag Gesines wurde teilweise leidenschaftlich über die Situation in unserem Landesverband diskutiert. Einige Stichworte: Es gebe keine Demokratie in der Partei, es müsse mehr Basisdemokratie geben (Carsten Hanke), der Landes-

vorstand solle erst nach der Landtagswahl neu gewählt werden, die WASGler seien frustriert wegen der Kritik an Oskar Lafontaine und anderen führenden Genossen (Ralf Malachowsky), keine Diskussionen in der „bürgerlichen“ Presse, usw. Der anwesende Landesvorsitzende mahnte zu einer Verbesserung der politischen Kultur im Landesverband. Man müsse zu einer Mitte finden, die gemeinsam gegangen werden könne. Gesine Löttsch betonte, die Partei gehe vor Personen.

Es war eine gelungene Veranstaltung mit einer sympathischen und überzeugenden Referentin.

**Auf ein Wort.**  
mit Klaus Ernst und Gesine Löttsch

Text und Foto: Carsten Penzlin



# Rede Nico Burmeisters anlässlich der Gedenkkundgebung am 8.Mai 2011 in Rostock

## Liebe Freundinnen und Freunde,

wir haben uns heute hier zusammengefunden, um den 66. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus zu begehen. Das faschistische Regime hat nahezu auf der ganzen Welt Millionen zumeist unschuldiger Opfer gefordert. Hunderttausende Häftlinge in den Kon-



zentrationen und Zwangsarbeiter in den deutschen Rüstungsunternehmen wie Siemens oder Bosch mussten für das menschenverachtende NS-Reich arbeiten. Alleine in Rostock wurden über 2.000 Zwangsarbeiter in den Rostocker Heinkelwerken eingesetzt, um für das gesamte sogenannte „Großdeutsche Reich“ Kriegsflyer aller Art herzustellen. Erst mit der Befreiung Rostocks am 1. Mai 1945 durch die Rote Armee konnte dem ein Ende gesetzt werden. Die faschistische Gefahr schien zunächst gebannt. Doch heute sitzen wieder Faschisten in Parlamenten. In Schwerin sitzt die neofaschistische NPD im Landtag, auch in der Rostocker Bürgerschaft hat sie Fuß ge-

fasst.

Am ersten Mai marschierten über 300 Rechtsradikale durch Greifswald. Couragevolle Bürger\_Innen, die sich dem neobraunem Mob in den Weg stellten, wurden von der Polizei mit roher Gewalt von der Route der Nazis vertrieben.

Wieder einmal hat dieser Staat gezeigt, wo er politisch steht und welches Geistes

Kind er ist.

Einem Staat, dessen Armee von ehemaligen Generälen der Wehrmacht ausgebildet wurde; Ein Staat, dessen Geheimdienst von früheren Waffen-SS Offizieren aufgebaut wurde; Ein Staat, dessen Minister und Bundeskanzler teilweise hochrangige Mitglieder der NSDAP waren.

Neobraune Aufmärsche haben die letzten Jahre in der ganzen Bundesrepublik zugenommen.

Doch wir können dem braunen Spuk ein Ende setzen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass breite Bündnisse Neofaschisten stoppen können, so zum Beispiel am 13. und 19. Februar in Dresden. Es sind aber wir Alle nötig,

um ultrarechten Gruppierungen, wie der NPD oder den Kameradschaften, wirksam entgegenzutreten zu können:

die Parteien und Gewerkschaften genauso wie Antifa-Gruppen, Initiativen gegen Rechts, Vereine, die Kirchen und couragierte Einzelpersonen.

Wir haben oft unterschiedliche Ziele und Vorstellungen, wie eine gerechte Welt ohne Hass, Gewalt, Zorn, Missgunst und Falschheit aussehen soll.

Aber wir haben auch eine Gemeinsamkeit: uns alle verbindet der Gedanke des Friedens und der Menschlichkeit. Wir alle wollen friedlich zusammenleben, ohne Angst um uns oder unsere Mitmenschen haben zu müssen.

Ich finde, diese Grundlage sollte ausreichen, um uns auch in Zukunft stärker zusammenzutun.

Dieses Jahr sind Landtagswahlen in M-V und die NPD wird versuchen, wieder in das Schweriner Schloss einzuziehen. Gemeinsam können wir das verhindern. Lasst uns deshalb zusammen streiten und zusammen kämpfen, dass neofaschistische Ideologien keinen Nährboden mehr finden. Zusammen können wir die Welt verändern.

In diesem Sinne:

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!  
Für eine neue Welt des Friedens und der Freiheit!



# Sieben Schritte zum unverzüglichen & unumkehrbaren Atomausstieg (leicht gekürzt)

## 1. Sofortige Stilllegung von elf Atomkraftwerken

Der Kraftwerkspark in Deutschland ist derart überdimensioniert, dass elf der 17 Atomkraftwerke in Deutschland sofort stillgelegt werden können – ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Der Beitrag dieser Kraftwerke zur gesicherten Nettoleistung der Stromerzeugung in Deutschland in Höhe von zehn bis elf Gigawatt (GW) kann durch überschüssige Erzeugungskapazitäten im Kraftwerkspark problemlos ersetzt werden. Dass damit keinerlei Einschnitte bei der Versorgungssicherheit verbunden sind, zeigt auch die aktuelle Situation. Denn seit 5. Mai 2011 sind aufgrund des „Atom“-Moratoriums und wegen laufender Revisionen elf AKWs nicht am Netz. Die sieben ältesten AKWs – Biblis A, Neckarwestheim 1, Biblis B, Brunsbüttel, Isar 1, Unterweser und Philippsburg 1 – und das Pannenberg-AKW Krümmel sind sofort und auf Dauer stillzulegen. Gleiches gilt für das wegen seiner Lage in einem Erdbebengebiet gefährdete AKW Neckarwestheim 2 sowie die AKWs Grundremmingen B und C.

## 2. Vollständiger Atomausstieg bis zum Ende des Jahres 2014

Die verbleibenden sechs Atomkraftwerke mit einer gesicherten Erzeugungsleistung von max. sieben GW können schrittweise bis Ende des Jahres 2014 abgeschaltet werden. Denn schon heute sind Gas- und Kohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens elf GW in Bau (ohne KKW Datteln) und gehen in den kommenden drei Jahren ans Netz. Bleiben einige fossile Kraftwerke wenige Jahre länger als geplant am Netz, bedeutet dies einen erheblichen Netto-Zuwachs an Kraftwerkskapazitäten. Durch ein aktives Lastenmanagement kann zudem die Jahreshöchstlast kurzfristig deutlich verringert werden. Eine Verlagerung des Stromverbrauchs aus den fünfzig lasthöchsten Stunden nur um eine oder wenige Stunden kann laut Öko-Institut den Spitzenlastbedarf um 2 bis 5 GW reduzieren. Entsprechend müssen weniger gesicherte Kraftwerkskapazitäten vorgehalten werden. Laut einer Studie Prof. Olav Hohmeyer, Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung, bleibt bei einem Atom-

ausstieg bis Ende 2014 die Versorgung Süddeutschlands trotz bislang besonders hohem Atomstromanteil gesichert. Sollte während der wenigen Stunden der Jahreshöchstlast aufgrund einer unerwarteten Steigerung der Stromnachfrage die gesicherte Kraftwerksleistung nicht ausreichen, bliebe als weitere Möglichkeit der Rückgriff auf einen Teil der sog. Langfristreserve von über sechs GW.

Die übrigen Atomkraftwerke werden bis zum Ende des Jahres 2014 stillgelegt:

2012: AKW Brokdorf und AKW Philippsburg 2.

2013: AKW Grohnde und AKW Grafenrheinfeld.

2014: AKW Isar 2 und AKW Emsland.

Die Bundesregierung muss umgehend ein Atomausstiegsgesetz gemäß Punkt 1 und 2 vorlegen.

## 3. Atomausstieg ins Grundgesetz

Damit der Atomausstieg unumkehrbar wird, muss er in der Verfassung verankert werden. DIE LINKE. im Bundestag hat daher im April 2011 einen Gesetzesentwurf in den Bundestag eingebracht, der ein Verbot der Nutzung von Atomenergie und Atomwaffen im Grundgesetz vorsieht. Verankerung des Verbots der Nutzung von Atomenergie und Atomwaffen im Grundgesetz.

## 4. Klimaschutz und Atomausstieg: Kein Widerspruch

Ein frühzeitiger Atomausstieg führt in diesem Jahrzehnt zu einer vorübergehenden Erhöhung der jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen im Stromsektor. Durch einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien kann dieser Anstieg aber in den Jahren nach 2020 mehr als kompensiert werden. Ein Sofortprogramm für die erneuerbare Energiewende muss u.a. umfassen:

Beibehaltung des Einspeisevorrangs und wirkungsvoller Vergütungssätze für Strom aus erneuerbaren Energien, Erstellung eines Bundesfachplans Netzausbau sowie Förderung der Entwicklung und Etablierung effizienter Speichertechnologien. Energieeffizienz-Offensive: ambitionierte, verbindliche Standards für den Energieverbrauch stromverbrauchender Geräte und industrieller Prozesse; Einführung eines Energiesparfonds (2,5 Mrd. Euro/a)

mit speziellen Förderprogrammen für einkommensschwache Haushalte. Klimagerechter Umbau des Kraftwerksparks durch ein Kohleausstiegsgesetz.

## 5. Strompreise sozial abfedern, Marktaufsicht wahrnehmen

Ein unverzüglicher Atomausstieg verändert die Kosten der Stromerzeugung. Die langfristig anfallenden, von der Gesellschaft insgesamt zu tragenden Kosten werden umso geringer, je schneller der Ausstieg erfolgt. Denn Atomstrom ist – wenn man die enormen Aufwendungen für Sicherheit und Entsorgung berücksichtigt – extrem teuer. Kurzfristig und mittelfristig sind jedoch geringfügige Preissteigerungen zu erwarten. Der schnelle Atomausstieg ist daher ein Grund mehr, eine wirksame Strommarktaufsicht durchzusetzen, die Marktmacht der „Großen Vier“ RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW einzudämmen sowie Preissteigerungen für einkommensschwache Haushalte abzufedern. Einführung einer wirksamen und handlungsfähigen staatlichen Strompreisaufsicht; Wiedereinführung der Börsenaufsicht für den Spotmarkt im deutschen Strommarkt bzw. über alle Spotmärkte auf EU-Ebene; schärfere Ahndung des Insiderhandels an Strombörsen (Straftatbestand). Erhöhung der Brennelementesteuer zur Abschöpfung der Extraprofiten aus dem Emissionshandel und Überführung der AKW-Rückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds. Verbot von Stromsperren, verbindliche Einführung von Stromsozialtarifen und Unterstützung von niedrigen Einkommen beim Kauf stromsparender Geräte.

## 6. Atomausstieg schafft Arbeitsplätze

Die Energiewende und ein unverzüglicher Atomausstieg werden positive Beschäftigungseffekte haben. Während bei den vier großen Energiekonzernen in den letzten Jahren zigtausende Arbeitsplätze abgebaut wurden, arbeiten heute rund 340.000 Menschen in der Erneuerbaren-Energie-Branche. Eine regionalisierte Energieversorgung infolge des Atomausstiegs wird zu einem Beschäftigungsmotor im kommunalen Bereich.

*weiter Seite 13*

# Zum Thema Fachkräftezuwanderung

**Aus der Landtagsitzung vom 18. Mai 2011**

Die FDP möchte die Zuwanderung von Fachkräften aus dem Nicht-EU-Ausland erleichtern und unterstützt deshalb eine entsprechende Initiative aus Sachsen im Bundesrat mit dem Ziel, das Aufenthaltsgesetz in Deutschland zu ändern. Zwei neue Aufenthaltstitel sollen geschaffen werden. Der eine Titel soll qualifizierten Fachkräften von Anfang an eine dauerhafte und unbefristete Aufenthaltsperspektive in Deutschland bieten, wobei Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten mit einem Jahreseinkommen von mindestens 35.000 Euro (Ost) bzw. 39.600 (West) (= 60 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung) einen auf zwei Jahre angelegten Titel, der bei bestehendem Arbeitsvertrag automatisch in einen unbefristeten Aufenthaltstitel übergeht, erhalten.

Der zweite neue Aufenthaltstitel soll qualifizierten Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten die Arbeitssuche in Deutschland ermöglichen und denjenigen, die über bestimmte Qualifikationen, Sprachkenntnisse oder Berufserfahrung verfügen, die Arbeitssuche bis zu einem Jahr in Deutschland ermöglichen.

Verkauft wird die Initiative als „moderne“ Ausländerpolitik, weil man in Deutschland endlich zu einer aktiven und gesteuerten Zuwanderungspolitik finden müsse, die im Interesse unseres Landes liege. Im Umkehrschluss wird damit gesagt, dass jede andere Art von Zuwanderung – z.B. als Flüchtling – veraltet ist und nicht im Interesse des Landes liegt.

Unbestritten ist, dass Deutschland gut ausgebildete Fachkräfte braucht, ganz egal, wo sie herkommen. Aber auf die oben beschriebene Art werden die Menschen eingeteilt in verwertbar und nicht

verwertbar für den Arbeitsmarkt. Das widerspricht unserem Menschenbild. Wir wollen nicht, wie die Bundesregierung, die ökonomische Verwertbarkeit als wichtigsten Maßstab an Menschen anlegen.

Sowohl die Landesregierung als auch die Unternehmer und die Bundesagentur für Arbeit jammern darüber, dass die Fachkräfte heute schon fehlen und in Zukunft auch massiv fehlen werden. In MV aber haben wir nach offizieller Statistik immer noch über 120.000 Arbeitslose. Nach aktueller Diskussion muss also davon ausgegangen werden, dass diese Menschen alle nicht arbeitsfähig sind? Nein, das ist nicht so. Angesichts einer Unterbeschäftigung in Deutschland von ca. 7 Mio. Menschen, scheint die „Fachkräftemangeldiskussion“ eine Phantomdebatte – zumindest trifft sie bei weitem nicht für alle Bereiche den Kern.

Frühkindliche Bildung, eine exzellente Schulbildung, Anstrengungen der Unternehmen bei der beruflichen Bildung – das sind die vordringlichen Aufgaben des Staates und der Wirtschaft, um den jungen Leuten eine Perspektive zu ermöglichen. Was die Älteren betrifft wissen doch alle genau, dass man ab Mitte 50 nur sehr schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat. Völlig unabhängig davon, ob man über fachliche Qualifikation verfügt oder nicht.

Keiner der vielen Appelle der Politik hat diesbezüglich irgend etwas genützt. Von vielen bei uns lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, z.B. auch den Ausiedlern, von denen sehr viele mit einer hohen Qualifikation nach Deutschland gekommen sind, werden die Abschlüsse nicht anerkannt. Wenige finden eine Arbeit, die ihrer Qualifikation entspricht. Das zu ändern wäre vordringlich und eine solche Bundesratsinitiative würden wir un-

terstützen.

Mir scheint der Grund für diese Debatte eher darin zu bestehen, dass die Unternehmer sehr gern ein großes Überangebot



an Arbeitskräften haben wollen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren zu können. Und das zuungunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – egal ob aus dem Ausland oder Deutsche. Anders ist nicht zu verstehen, dass sich Wirtschaft, CDU und FDP so vehement gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes sperren.

Eine Beurteilung der Menschen nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit lehnen wir ab. Deshalb können wir auch der Einführung darauf abzielender Artikel in das Aufenthaltsgesetz nicht zustimmen und werden auch die Landesregierung nicht auffordern, im Bundesrat dafür zu stimmen. Im Gegenteil, wir erwarten von der Landesregierung, dass sie dem widerspricht.

**Fortsetzung von Seite 12:**

## **7. Energiekonzerne entmachten – Energiewende demokratisieren**

Der Atomausstieg muss gleichzeitig ein Einstieg in eine andere Energiepolitik sein, konsequent orientiert am Ziel einer erneuerbaren, aber auch demokratisierten Stromversorgung. Es wird keine sozial-ökologische Energiewende geben, solange es nicht gelingt, die vier großen Energiekonzerne zu entmachten. Der

Wille der Bürgerinnen und Bürgern und nicht der „shareholder value“ der Aktienbesitzer von E.ON und RWE muss bei der Entscheidung über die zukünftige Energieversorgung im Vordergrund stehen. Bei Planungsverfahren für den Bau von Netzen, Speichern oder Erzeugungsanlagen müssen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung ausgeweitet werden. Schon vor Beginn der Planungsverfahren sind die Bürgerinnen und Bürger zu informieren und einzubeziehen. Überführung

der Energienetze in die öffentliche Hand, Rekommunalisierung der Energieversorgung und Förderung von Energiegenossenschaften. Beiräte aus Umwelt- und Verbraucherverbänden, Gewerkschaften und Mandatsträger/innen u.a. begleiten mit verbindlichen Mitbestimmungsrechten den Energiewendeprozess auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen).



## Hermann Duncker Mitbegründer der KPD

Der Genosse Prof. Heinz Deutschland erinnerte im Gespräch mit dem Kreisvorsitzenden Wolfgang Methling und seinem Stellvertreter Carsten Penzlin kürzlich an das Hermann-Duncker-Denkmal in Rostocks Stadtmitte. Der Beton bröckelt bedenklich, sodass sich die Frage nach der Zukunft des Denkmals stellt.

Der Mitbegründer der KPD wirkte auch in Rostock, wenngleich nur kurz von 1947 bis 1949 als Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät. Er wurde auch

zum Ehrenszenator ernannt, bevor er dann an die Hochschule der Gewerkschaften in Bernau ging. Prof. Deutschland editiert den Briefwechsel von Duncker und seiner Frau Käthe. Sollte es unter den Klartext-Lesern Zeitzegen geben, die sich an Hermann Duncers Wirken in Rostock erinnern können, mögen sie sich bitte ab Juli bei Prof. Deutschland melden: Tel. 038206-13676 oder per E-Mail an [rh.deutschland@gmx.de](mailto:rh.deutschland@gmx.de).

## Ausstellung im Kreisvorstand

Unter den Rostocker Genossinnen und Genossen befinden sich auch zahlreiche talentierte Hobbykünstler. Drei von ihnen – **Ingrid Langbein (Lütten Klein)**, **Wolfgang Bergt (Stadtmitte)** und **Karl-Ludwig Spengler (Lütten Klein)** – zeigen nun im Kreisvorstand eine Auswahl ihrer Bilder. Den Betrachtern eröffnet sich ein weites Spektrum an unterschiedlichen Motiven.

Einfach mal vorbeischaun: Stephanstraße 17.



## Plattdeutsches Theater im Wahlkreisbüro

In Verwirklichung unseres Wahlprogramms hat DIE LINKE der Bitte der plattdeutschen Theatergruppe „Dei Platt-Komedi“ gerne entsprochen, unser Wahlkreisbüro in Lütten Klein als Probenraum unentgeltlich regelmäßig zu nutzen. Wir stellen unseren Lesern hiermit gerne diese Theaterfreunde vor:

Die plattdeutsche Theaterszene Rostocks hat Zuwachs bekommen durch die Laienspielgruppe „Dei Platt-Komedi“. Die Idee dazu entstand auf der Hanse Sail 2009. Dort trafen die Plattdeutschautoren und langjährigen Plattschauspieler Betty Wagner und Erwin Pich mit Wolfgang Jürres vom Plattdeutschverein „Klönssack-Rostocker 7 e.V.“ zusammen. Beide erzählten von ihren jahrelangen erfolgreichen plattdeutschen Theateraufführungen mit

Stücken aus eigener Feder im Stralsunder Raum. Gemeinsam beschlossen alle drei, auch in Rostock eine plattdeutsche Laienspielgruppe ins Leben zu rufen. Auf einen Zeitungsaufwurf meldeten sich 17 interessierte Bürger, aus denen sich ein Stamm von insgesamt neun Mitwirkenden entwickelte:

Wir, die Platt-Komedi, sind eine Gruppe von Plattdeutschfreunden, die auf diese Weise unsere wunderbare plattdeutsche Muttersprache pflegen und verbreiten wollen. Im Vordergrund steht dabei, uns und unseren Besuchern Spaß und Freude zu bereiten. Wir sind keine Profis, wir sind und bleiben Laiendarsteller, die mit Feuer und Flamme wöchentlich proben und sich auf Aufführungen freuen.

Mit großer Resonanz wurden bisher das

Weihnachtsstück „Dei Dannenboom“ und die Komödien „Partnersuche“ und „Dei Kauhhandel“ von Betty Wagner und Erwin Pich in mehr als 50 Aufführungen gespielt. Ein neues Stück, „Dei Geizkragen“, wird noch in diesem Jahr unser Repertoire erweitern. Alle Programme haben die gleiche Zeitdauer von einer Stunde.

Wir spielen in Begegnungsstätten, Mehrgenerationenhäusern, in Gaststätten und Cafés, auf festlichen Veranstaltungen und privaten Feiern, in und außerhalb von Rostock. Unsere Kontaktadresse ist: Wolfgang Jürres, Telefon: 0381/713675.

Als kleines Dankeschön für diese große Unterstützung durch DIE LINKE würden wir gerne zu Höhepunkten und Versammlungen unser Können zeigen.

# Termine aus HRO, GÜ und DBR

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mo 6. Jun. 2011	19:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Bad Doberan	Geschäftsstelle
Mi 8. Jun. 2011	15:00 Uhr	Beratung Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Mi 8. Jun. 2011	17:00 Uhr	Beratung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Do 9. Jun. 2011	19:00 Uhr	"Arbeit und Leben im Dorf nach 2020" mit Prof.Dr. G. Henkel	Tellow	Thünengut
Fr 10. Jun. 2011	18:00 Uhr	Kreisparteitag KV Rostock	Rostock	Waldemar Hof
Di 14. Jun. 2011	20:00 Uhr	Stammtisch Junge LINKE	Rostock	"Gelbe Katze"
Di 14. Jun. 2011	18:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Güstrow	Hansabad
Mi 15. Jun. 2011	15:00 Uhr	"Energieversorgung in der Zukunft" mit Prof. Wolfgang Methling	Rostock	Stephanstraße 17
Mi 15. Jun. 2011	16:00 Uhr	Beratung der BO-Vorsitzenden	Güstrow	Hansabad
Do 16. Jun. 2011	15:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Evershagen	Rostock	MGH E'hagen
Do 16. Jun. 2011	18:00 Uhr	Auswertung der "Tellow Gespräche" und Geschichte der Bodenreform	Sanitz	Gemeinschaftshaus
Mo 20. Jun. 2011	18:00 Uhr	Fraktionssitzung Bürgerschaft	Rostock	Rathaus, BR 2
Mo 20. Jun. 2011	18:00 Uhr	Kreistagsfraktionssitzung	Bad Doberan	Kreisverwaltung
Mi 22. Jun. 2011	15:00 Uhr	Beratung Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Mi 22. Jun. 2011	17:00 Uhr	Beratung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mi 22. Jun. 2011	17:30 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Reutershagen	Rostock	Volkssoli R'hagen
Do 23. Jun. 2011	15:00 Uhr	Bürgersprechstunde MdL Regine Lück	Rostock	SBZ Dierkow
Di 28. Jun. 2011	15:00 Uhr	IG Entrüstung	Rostock	Stephanstraße 17
Mi 29. Jun. 2011	16:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaft	Rostock	Rathaus
Mi 29. Jun. 2011	15:00 Uhr	Kreistagssitzung	Bad Doberan	Kreisverwaltung
Mo 5. Jul. 2011	15:00 Uhr	Bürgersprechstunde MdL Regine Lück	Rostock	MGH Toitenwinkel
Sa 6. Aug. 2011	10:00 Uhr	Friedensfest	Graal Müritz	Seebrücke

## Cuba sí wird 20 Jahre alt

Aus diesem Anlass und im Zusammenhang mit dem 26. Juli führen wir am **28.7. im Peter-Weiss-Haus** eine Veranstaltung durch. Ab 20 Uhr zeigen wir einen Film über Che Guevara, sprechen über den Parteitag der KPC und lassen den Abend bei Mojito und Musik ausklingen. Alle Kuba-Freunde sind dazu herzlich eingeladen. Nähere Erläuterungen im nächsten Klartext.

Marianne Bothe  
AG Cuba sí beim Kreisvorstand Rostock

# STOPPT DEN KRIEG IN LIBYEN!

## Sitzung der LAG NE

Am **Freitag den 17.6.** trifft sich nachmittags im Kreisvorstand die LAG Nachhaltige Entwicklung, um über die Energienetze der Zukunft zu diskutieren. Interessante Referenten wurden eingeladen, Interessierte sind willkommen. Den genauen Termin bitte in der Landesgeschäftsstelle erfragen.

# Kleine Scheine für große Flächen!

Unterstützen Sie unseren Wahlkampf!

# Atomausstieg

unverzögerlich und unumkehrbar

# DIE LINKE.

IM BUNDESTAG

Wolfgang Methling  
Kreisvorsitzender  
Stephanstraße 17  
18055 Rostock  
Telefon 0381 / 492 00 10  
Telefax 0381 / 492 00 14  
wolfgang.methling@dielinke-  
rostock.de  
www.die-linke-rostock.de  
OSPA Rostock  
Konto: 430002084  
BLZ: 130 500 00

Rostock, 28. April 2011

## Einladung zum Kreisparteitag

Liebe(r) Delegierte(r),

hiermit lade ich Dich herzlich zur 4. Tagung des 2. Kreisparteitages ein. Er findet auf Beschluss des Kreisvorstandes vom 16.03.2011 statt.

### Termin:

**Freitag, 10. Juni 2011 um 18.00 Uhr im Waldemar Hof, Waldemarstr. 33**

### Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Konstituierung
3. Wahl der Delegierten zum 3. Landesparteitag am 13./14.08.2011
4. Aussprache zu aktuellen Themen u. zum Wahlkampf
5. Verabschiedung

Ende des Parteitages wird voraussichtlich um 21.00 Uhr sein.

**Für Getränke und den kleinen Hunger bitte selbst vorsorgen!**

Mit solidarischen Grüßen



Prof. Dr. Wolfgang Methling  
Kreisvorsitzender

## Einladung

### Prof. Dr. Fritz Tack,

der agrarpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag M-V, lädt zu einer öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltung ein. **Am Donnerstag, dem 16. Juni 2011**, wird Prof. Tack ab 18:00 Uhr im Gemeinschaftshaus Sanitz (Sanitz, Hof 1) mit Fachkolleg/inn/en aus der Landwirtschaft, Parteimitgliedern, und weiteren Interessierten aus der Region einige aktuelle Fragen der Agrarpolitik diskutieren.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung werden die aktuelle Bodenpolitik und der Diskussionsstand zur gemeinsamen Agrarpolitik

[GAP] nach 2013 stehen. Darüber hinaus werden sicherlich auch die Teller Gespräche vom Donnerstag, dem 9. Juni, 19:00 Uhr eine Rolle spielen. Im Rahmen dieser gemeinsamen Veranstaltungsreihe des Kreisbauernverbandes Güstrow und der Rosa-Luxemburg-Stiftung sollen Anfang Juni »Arbeit und Leben im Dorf nach 2020« und die damit verbundenen Erfordernisse thematisiert werden.



### Gewinner:

André Brie. Er weiß, wie man in die Medien kommt. Seine Themenauswahl erscheint noch verbesserungswürdig.

### Verlierer:

Angela Merkel. Freut sich über den Tod Osama bin Ladens, hat wohl schon länger nicht mehr in der Bibel gelesen.



**Bundeswehr  
raus aus  
Afghanistan!**

**DIE LINKE.**

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer hat schon über 20.000 Unterschriften gegen den Afghanistankrieg gesammelt?

2. In welcher mecklenburgischen Stadt war Ende April unsere Parteivorsitzende Gesine Löttsch zu Gast?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an eine der drei Kreisvorstände Rostock, Güstrow oder Bad Doberan.

**Einsendeschluss ist der 30.06.2011.**